

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 19.06.2008
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Magdalene Garvert	Rhede	
Hermann Horstick	Gescher	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	Vertretung für Herrn Hans Hund
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	
Stephanie Pohl	Gescher	
Uta Röhrmann	Bocholt	Vertretung für Herrn Roman Cebaus
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Ursula Schulte	Vreden	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Heinz-Josef Tönnies	Heiden	
Gabriele Wahle	Ahaus	
Heinrich Weddeling	Südlohn	Vertretung für Herrn Winfried Sperlbaum
Gertrud Welper	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Herr Dr. Hermann Paßlick
Herr Hubert Grothues
Herr Wilfried Kersting
Frau Sofia Arnold
Frau Ramona Bülsing

Gast:

Kreistagsabgeordneter Jens Steiner, bis TOP 6

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:15 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Kreisausschussmitglied Welper erklärt, mangels schützenswerter Interessen beantrage ihre Fraktion, den Punkt 21 „Finanzierungsvereinbarungen zum interkommunalen Bauhof in Nordvelen und Einredevorzicht des Kreises Borken“ im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Kreisausschussmitglied Peschkes teilt mit, seine Fraktion beantrage eine Vertagung des Punktes, da noch erheblicher Beratungsbedarf bestehe.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Tönnies antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp bei einer Vertagung könne der Vertrag möglicherweise nicht mehr in der vorliegenden Form aufrecht erhalten werden.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, den Punkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und erst in der kommenden Sitzung des Kreistages zu beraten.

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

- Punkt 1: Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst im Kreis Borken**
- **Vorlage: 0096/2008**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 18.06.08**
Vorlage: 0154/2008
-

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick weist mit Blick auf die Antragstellung der SPD-Fraktion auf die intensive Vorberatung im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung und den dort am 11.06.2008 einstimmig gefassten Beschluss hin.

Kreisausschussmitglied Ballenthin führt aus, in den von der SPD-Fraktion aufgelisteten Randgebieten sei der Zielerreichungsgrad tatsächlich geringer als im kreisweiten Durchschnitt. Zu berücksichtigen sei jedoch, dass die absolute Anzahl der Fälle in den genannten Randgebieten klein und der prozentuale Zielerreichungsgrad deshalb wenig aussagekräftig sei. In den Einzelfällen, in denen die Frist nicht eingehalten werden können, forsche die Verwaltung nach den Ursachen. Die Situation in Krommert verbessere sich durch den Ausbau der B 67 und durch die neue Rettungswache in Bocholt. Den Vorschlag, ein First-Responder-System einzurichten, könne er hier nicht unterstützen. Gleichwohl sei er einverstanden, die Verwaltung zu beauftragen, für die aufgeführten Randgebiete und Gemenkrückling nach einer Verbesserung des Zielerreichungsgrades zu suchen. Hierüber sollte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung berichtet werden. Er schlage vor, den Beschlussvorschlag entsprechend zu ändern.

Kreisausschussmitglied Schulte erklärt sich einverstanden.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick stellt die Einrichtung eines First-Responder-Systems zur Lösung der vorliegenden Problematik ebenfalls in Frage. Zum einen sei das System auf ehrenamtliche Helfer/innen angewiesen. Zum anderen seien die First-Responder nachts, nicht tagsüber im Einsatz. Ein allgemeines Problem sehe er darüber hinaus bei den

Kassen, die den Lösungsweg in jedem Fall unterstützen müssten. Gleichmäßige Bedingungen für alle Gebiete im Kreis Borken seien überdies nicht realistisch.

Landrat Gerd Wiesmann erinnert an die Vereinbarung zwischen allen Fraktionen, die fachliche Diskussion im zuständigen Fachausschuss zu führen.

Kreisausschussmitglied Weddeling erklärt, die Diskussion sei durch den Bürgermeister der Gemeinde Südlohn angestoßen worden, da der Zielerreichungsgrad in Oeding als Ortsteil Südlohns weit unter dem Durchschnitt liege. Priorität sollte sein, dies zu verbessern. Er könne sich dem geänderten Beschlussvorschlag daher anschließen.

Landrat Gerd Wiesmann lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Borken wird in der vorliegenden Fassung (Stand: Mai 2008) beschlossen.
2. Für die Ortsteile Erle, Krommert, Oeding und Gemenkrückling wird nach einer Verbesserung des Zielerreichungsgrades gesucht und darüber wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung berichtet.

Punkt 2: Neufassung der Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren
Vorlage: 0097/2008

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Benutzung des Rettungsdienstes des Kreises Borken und die Erhebung von Gebühren.

Punkt 3: Änderung des § 5 Abs. 2 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Ausübung des Gemeingebrauchs am Dreiländersee in Gronau
Vorlage: 0092/2008

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Änderung des § 5 Abs. 2 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Ausübung des Gemeingebrauchs am Dreiländersee in Gronau wird zugestimmt.

Punkt 4: Erstattung zuviel gezahlter Kreisumlage an die Kommunen und Genehmigung entsprechender außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 53 I KrO i.V.m § 83 GO

- **Vorlage: 0079/2008**
- **Antrag des Kreistagsmitglieds Jens Steiner vom 19.06.2008**
Vorlage: 0156/2008

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreistagsabgeordneter Steiner stellt klar, er halte es für richtig, dass die Verwaltung Neuerungen wie das NKF aktiv angehe. Die Politik solle künftig aber frühzeitiger in derartige Prozesse eingebunden werden.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp betont, die Problematik der Sonderposten sei sehr intensiv im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt worden. Fachfragen könnten besser im jeweiligen Fachausschuss als in einer Arbeitsgruppe diskutiert werden. Die Problematik resultiere aus den Neuregelungen des NKF, die der Kreis Borken als eine der ersten Kommunen umgesetzt habe. Eine Rechtsauffassung dazu habe zunächst noch entwickelt werden müssen.

Kreisausschussmitglied Ballenthin erklärt, die Politik sei sehr ausgiebig, auch im Ältestenrat, über die Probleme informiert worden und habe die Entscheidungen der Verwaltung mitgetragen.

Kreisausschussmitglied Schulte führt aus, es sei legitim, wenn ein Kämmerer aus unterschiedlichen Rechtsauslegungen die für seine Kommune beste wähle, um diese im Rahmen der Eröffnungsbilanz möglichst optimal aufzustellen. Angesichts der neuen Vorgaben des Innenministeriums sei es nun selbstverständlich, die zuviel erhaltene Kreisumlage zu erstatten.

Kreisausschussmitglied Welper hebt hervor, in der Vergangenheit sei über den Prozess ständig berichtet worden. Allerdings überrasche sie die Höhe der zu erstattenden Kreisumlage. Die Summe hätte frühzeitiger deutlich gemacht werden müssen.

Kreisausschussmitglied Schöning gibt an, er fühle sich ausreichend informiert. Mit der Einführung des NKF habe der Kreis Borken Neuland betreten. Da gelte der Grundsatz des „learning by doing“.

Kreisausschussmitglied Lensing legt dar, der Antrag des Kreistagsabgeordneten Steiner sei in Punkt 2 des Beschlussvorschlages nicht ausreichend konkret.

Kreistagsabgeordneter Steiner erklärt, er habe sein Ansinnen hinreichend verdeutlicht, und zieht den Antrag zurück.

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann über die Vorlage der Verwaltung abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag stimmt der Rückzahlung der zuviel gezahlten Kreisumlage an die Kommunen und den damit verbundenen außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu.

Punkt 5: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zum Kreishaushalt 2008

- **Vorlage: 0080/2008**
- **Vorlage: 0077/2008**

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp betont den rein formalen Charakter der Änderung: die verbale Erläuterung werde durch den Beschluss nun in das Zahlenwerk aufgenommen.

Kreisausschussmitglied Tönnies erklärt, er habe kein Verständnis für die Haltung der Aufsichtsbehörde.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn kritisiert das Vorgehen der Verwaltung. Bereits zur letzten Kreistagssitzung sei die Problematik bekannt gewesen, so dass eine Dringlichkeitsentscheidung nicht erforderlich gewesen sei.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der vom Landrat gemeinsam mit zwei Kreisausschussmitgliedern am 14.05.2008 gefasste Dringlichkeitsbeschluss zum Kreishaushalt 2008 wird genehmigt.

Punkt 6: Organisation des Verwaltungsvorstandes

- **Vorlage: 0142/2008**
- **Antrag des Kreistagsmitgliedes Jens Steiner vom 19.06.2008**
Vorlage: 0155/2008

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Landrat Gerd Wiesmann hebt hervor, die Verwaltungsspitze sei nach dem Ausscheiden von Kreisdirektor Dr. Voßkühler bewusst auf vier Personen reduziert worden. Diese Entscheidung halte der Vorstand weiterhin für richtig, obgleich sich die Mehrarbeit unbestritten auswirke. Daher plane die Verwaltung, den jetzigen Kreisdirektor durch einen persönlichen Referenten/ eine persönliche Referentin zu entlasten.

Kreisausschussmitglied Schulte erklärt, die Vorlage bestätige den Eindruck der Aufgabensummierung im Zuständigkeitsbereich des Kreisdirektors. Die Planung der Verwaltung könne sie unterstützen. Sie sollte jetzt schnell umgesetzt werden. Des Weiteren spreche sie sich dafür aus, die neue Position mit einer Frau zu besetzen.

Kreisausschussmitglied Pohl teilt mit, die CDU-Fraktion könne dem Vorschlag der Verwaltung uneingeschränkt zustimmen. Eine möglichst zügige Abwicklung sollte angestrebt werden.

Kreisausschussmitglied Schöning führt aus, er bezweifle, ob durch einen persönlichen Referenten/ eine persönliche Referentin die gewünschte Entlastung erreicht werden könne. Der Kreisdirektor trage in diesem Fall weiterhin die volle Verantwortung in allen Bereichen und müsse vollständig informiert bleiben. Als Lösungsweg bevorzuge er daher die Bildung einer Stabsstelle.

Landrat Gerd Wiesmann erwidert, ein/e Referent/in sei insbesondere durch die Wahrnehmung organisatorischer Aufgaben und durch die fachliche Aufbereitung von Themen sehr wohl eine Entlastung.

Kreistagsabgeordneter Steiner legt dar, er teile die Bedenken des Kreisausschussmitgliedes Schöning. Im Hinblick auf einen weiteren Aufgabenzuwachs seien grundlegende Überlegungen anzustellen. Dies halte er in dieser Wahlperiode nicht mehr für sinnvoll.

Kreisausschussmitglied Tönnies spricht sich für die bestehende Aufgabenverteilung im Kreis Borken aus. Insbesondere verschiedene Verantwortlichkeiten für die Fachbereiche Finanzen und Soziales, welcher den größten Budgetanteil habe, führten andernorts häufig zu erheblichen Schwierigkeiten.

Kreisausschussmitglied Welper erklärt, angesichts der von Kreisausschussmitglied Schöning angesprochenen Problematik bestehe weiterhin Beratungsbedarf. Daher sollte heute noch keine Entscheidung gefällt werden.

Kreisausschussmitglied Schulte spricht sich dafür aus, heute zu entscheiden. Zum einen habe die Verwaltung ein halbes Jahr lang Zeit gehabt, ein Lösungskonzept zu entwickeln. Zum anderen befürworte auch Herr Haßenkamp als derzeitiger Kreisdirektor die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung.

Kreistagsabgeordneter Steiner zieht seinen Antrag zurück.

Landrat Gerd Wiesmann lässt schließlich über die Vorlage der Verwaltung abstimmen.

Beschluss: 16 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme
 1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt, den Verwaltungsvorstand derzeit nicht um ein weiteres Mitglied zu erweitern.
2. Der Kreistag nimmt die organisatorischen Überlegungen zur Kenntnis. Die personalwirtschaftlichen Maßnahmen werden im Rahmen des Stellenplans 2009 berücksichtigt.

**Punkt 7: Nachfinanzierung der Brückenbaumaßnahme beim "Europaprojekt Dinxperlo-Suderwick"
Vorlage: 0141/2008**

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp betont die große Symbolwirkung des Projektes, welches die niederländische und deutsche Konzeption von Altenarbeit zusammenführe.

Kreisausschussmitglied Pohl erklärt, die CDU-Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag. Zwar sei eine Nachfinanzierung stets bedauerlich, jedoch handele es sich um ein gutes Projekt mit modellhaftem Charakter.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte erläutert Kreisdirektor Werner Haßenkamp, für die kofinanzierten INTERREG-Projekte seien gesonderte Entscheidungen des Kreistages nicht üblich. Sie würden mit dem Haushalt im Budget 11 verabschiedet. Allerdings erreichten die Projekte nur selten eine Größenordnung wie das vorliegende. Kreisdirektor Werner Haßenkamp sagt zu, entsprechende Projekte im Berichtswesen künftig deutlicher herauszustellen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt eine finanzielle Beteiligung des Kreises Borken in Höhe von maximal 60.000 € zur anteiligen Nachfinanzierung der Brückenbaumaßnahme beim Europaprojekt Dinxperlo-Suderwick

Punkt 8: Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Kreis Borken als Genehmigungsbehörde zugelassenen Taxen - Taxentarif für den Kreis Borken
Vorlage: 0081/2008

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Kreisausschussmitglieder Horstick und Lindenhahn heben hervor, dass die beantragte Grundpreiserhöhung nicht erfolgen solle. Die angeführten Gründe rechtfertigten dies nicht in ausreichendem Maße.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schöning erklärt Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick, die zwei Unternehmer hätten sich vermutlich aus privaten, unternehmens-internen Gründen gegen eine Fahrpreiserhöhung ausgesprochen.

Beschluss: einstimmig bei einer Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Rechtsverordnung über die Festsetzung der Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die vom Kreis Borken als Genehmigungsbehörde zugelassenen Taxen vom 26.01.2005 wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs geändert (**Anlage 1**).

Punkt 9: Mitgliedschaft im Verein "Das Münsterland - Die Gärten und Parks"
Vorlage: 0115/2008

Berichtersteller/in: Landrat Gerd Wiesmann
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Kreisausschussmitglied Schulte teilt mit, ihre Fraktion begrüße das Anliegen, an dem auch die Bürger/innen zunehmend großes Interesse zeigten.

Auf ihre Frage antwortet Landrat Gerd Wiesmann, Kreisdirektor Werner Haßenkamp sei als Vorstandsmitglied vorgesehen, da die Thematik unter touristischen Gesichtspunkten entwickelt worden sei.

Kreisausschussmitglied Schulte erkundigt sich, ob neben dem Mitgliedsbeitrag weitere Folgekosten entstünden.

Landrat Gerd Wiesmann verneint dies. Falls dennoch weitere Kosten anfielen, würde darüber gesondert beschlossen.

Kreisausschussmitglied Garvert erklärt, auch die CDU-Fraktion unterstütze die Mitgliedschaft. Über die Schirmherrschaft des Fürsten zu Salm-Salm sei sie besonders erfreut.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreistag beschließt die Mitgliedschaft des Kreises Borken im Verein „Das Münsterland – Die Gärten und Parks“ aufgrund des beiliegenden Satzungsentwurfs.
2. In der Mitgliederversammlung wird der Kreis Borken durch Landrat Gerd Wiesmann vertreten.
3. Als Vorstandsmitglied wird Kreisdirektor Werner Haßenkamp und als stellvertretendes Vorstandsmitglied Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues vorgeschlagen.

Punkt 10: Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters
Vorlage: 0122/2008

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Herr Josef Terbeck, Ahaus, wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Zeit vom 01.07.2008 bis 31.05.2013 zum Stellvertreter des Kreisbrandmeisters ernannt.

Punkt 11: Aufhebung eines Sperrvermerkes für das Projekt "Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt"
Vorlage: 0148/2008

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag hebt den Sperrvermerk für das Projekt „Leben im Alter neu denken – Kreis Borken bewegt“ in Höhe von 167.000 Euro für das Jahr 2008 auf.

Punkt 12: Einbürgerungsfeier

- **Antrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2008**
Vorlage: 0082/2008
- **Sachdarstellung der Verwaltung**
Vorlage: 0137/2008

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Kreisausschussmitglied Schulte erklärt sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden. Einige nähmen die Einbürgerungsfeier als Zeichen des Willkommens und der Integration sicher gerne wahr.

Kreisausschussmitglied Weddeling legt dar, die UWG-Fraktion unterstütze den Antrag, obwohl die Erfahrungen aus den anderen Kreisen nicht ermutigend seien.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Nach der Einführung des Einbürgerungstestes zum 01.09.2008 werden die auf der Grundlage der neuen Bedingungen im Kreis Borken eingebürgerten Personen zu einer Einbürgerungsfeier eingeladen und anschließend wird auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen die weitere Vorgehensweise im Fachausschuss beraten.

Punkt 13: **Umsetzung der Bildungsstudie
 Antrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2008
 Vorlage: 0085/2008**

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreisausschussmitglied Schulte erläutert, die Notwendigkeit in Zusammenarbeit mit den Kommunen die beste Bildung für die Schüler/innen zu erreichen, sei unstrittig. Sie stelle den Antrag – wie bereits im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport am 18.06.2008 – zunächst zurück. So könnten die Ergebnisse des zweiten Workshops, der nach den Sommerferien stattfinden, abgewartet werden.

Kreisausschussmitglied Wahle kritisiert, im Antrag werde eine Sache aufgegriffen, über die im Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport längst Einigkeit bestehe. Darüber hinaus sei der Zeitraum, bis zum Ende des Jahres ein Konzept zu entwerfen, unrealistisch. Wenig ratsam sei es auch, Druck auf die Gemeinden auszuüben. Zudem seien die Wertungen in der Sachdarstellung unangebracht und gegenüber allen Beteiligten unfair. Wertungen müssten erst entwickelt werden und sollten daher erst nach abgeschlossener Diskussion am Ende eines Prozesses stehen.

Kreisausschussmitglied Schulte entgegnet, die Erarbeitung eines Konzeptes sei in der beantragten Form neu und bisher nicht schriftlich festgehalten. Daher halte sie an der Zurückstellung des Antrages fest.

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 14: **Ökologische Fahrweise/ ökologisches Fahrtraining
 Antrag der SPD-Fraktion vom 11.05.2008
 Vorlage: 0087/2008**

Berichtersteller/in: Kreisausschussmitglied Elisabeth Lindenhahn

Kreisausschussmitglied Lindenhahn erklärt, die Ablehnung des Antrages im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen bedaure sie zutiefst. Ein ökologisches Fahrtraining würde der Umwelt und den Bürgerinnen und Bürgern helfen.

Kreisausschussmitglied Horstick teilt mit, der Fachausschuss habe sich sehr intensiv mit dem Antrag auseinandergesetzt. Schlüssig geworden sei nicht, warum sich der Kreis an einem solchen Fahrtraining finanziell beteiligen solle. Schließlich liege es im eigenen Interesse eines jeden PKW-Nutzers, die Kosten durch ökologische Fahrweise zu reduzieren. Gegen Gebühr bestehe für den geeigneten PKW-Nutzer bereits die Möglichkeit an einem entsprechenden Training teilzunehmen.

Kreisausschussmitglied Welper erläutert, sie unterstütze den Gedanken einer ökologischen Fahrweise. Diese zu fördern, sei aber nicht Angelegenheit der Allgemeinheit. Die hohen Spritkosten seien bereits Anreiz genug.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick berichtet, der Kreis Borken sei bereit, der Verkehrswacht ein Messgerät zu sponsern. Damit könne die ökologische Fahrweise im rollenden Verkehr erprobt werden. Ausführlich sei dies im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen vorgestellt worden.

Kreisausschussmitglied Schulte beantragt, nur über die ersten beiden Sätze des Beschlussvorschlages abzustimmen.

Landrat Gerd Wiesmann schlägt vor, den ersten Satz wie folgt umzuformulieren: „Der Kreistag regt an, dass die Kreisverkehrswacht ein ökologisches Fahrtraining anbietet.“ Er stellt über die Änderungen Einvernehmen fest und lässt dann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag regt an, dass die Kreisverkehrswacht ein ökologisches Fahrtraining anbietet. In einem ersten Schritt sollen die Möglichkeiten und die Kosten dafür ermittelt werden.

Punkt 15: Flughafenbetriebsgesellschaft mbH, Stadtlohn-Wenningfeld

- **Antrag der FDP-Fraktion vom 06.05.2008**
Vorlage: 0099/2008
- **Vorlage: 0143/2008**

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzender Bernd Schöning

Kreisausschussmitglied Schöning begründet seinen Beschlussvorschlag und betont, die Überlegungen der Verwaltungen seien unzweckmäßig. Eine neue Flughafenbetriebsgesellschaft starte bei Null: nicht nur sämtliche Ausstattung über Software bis hin zu Feuerwehrfahrzeugen müsse erst beschafft, sondern auch das Personal müsse neu gefunden werden. Sinnvoller sei es daher, in die bestehende Flughafenbetriebsgesellschaft miteinzusteigen. Auch sei er im Hinblick auf die Bilanzsituation skeptisch, dass sich Private wie erhofft an der Flughafenbetriebsgesellschaft beteiligten.

Landrat Gerd Wiesmann erläutert, die jetzige Flughafenbetriebsgesellschaft verfolge ein anderes Ziel als die Verwaltung. Während die Verwaltung mit dem Flughafen primär den Wirtschaftsstandort ausbauen wolle, stünden bei der jetzigen Flughafenbetriebsgesellschaft Tourismus und Sport im Vordergrund. Private, die sich der Zielrichtung der Verwaltung verpflichtet fühlten, seien in der neuen Flughafenbetriebsgesellschaft herzlich willkommen. Die Skepsis von Kreisausschussmitglied Schöning, Private könnten für das Vorhaben nicht gewonnen werden, teile er nicht.

Kreisausschussmitglied Schöning hebt hervor, die jetzige Flughafenbetriebsgesellschaft sei nach seiner Einschätzung durchaus bereit, den neuen Weg mitzugehen. Unter Moderation wären erfolgreiche Gespräche sicher möglich.

Landrat Gerd Wiesmann erklärt, die angestrebten Ziele könnten besser mit einer neu zu gründenden Flughafenbetriebsgesellschaft verwirklicht werden. Einige der bisher Beteiligten würden auch künftig mitwirken.

Er lässt dann über den Beschlussvorschlag der FDP-Fraktion abstimmen.

Beschluss: 1 Ja-Stimme
 15 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Damit empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Punkt 16: Einführung eines Sozialtickets im Kreis Borken
Antrag der SPD-Fraktion vom 19.05.2008
Vorlage: 0108/2008

Berichterstatter/in: Kreisausschussmitglied Elisabeth Lindenhahn

Kreisausschussmitglied Lindenhahn erklärt, der Antrag sei im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen am 04.06.2008 zurückgenommen worden. Die SPD-Fraktion werde ihn erneut im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stellen.

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 17: 1. Controllingbericht 2008
Vorlage: 0113/2008

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte erläutert Kreisdirektor Werner Haßenkamp zum **Ziel 3 im Budget 05**, nach dem Erlass des Schulministeriums sei das Land NRW unter bestimmten Bedingungen bereit, eine Sozialarbeiterstelle zu schaffen, wenn sich der Schulträger in gleichem Umfange beteilige. Der Kreis Borken sei mit der Schaffung von Sozialarbeiterstellen bereits in Vorleistung getreten. Das Land NRW müsse nun folgen.

Kreisausschussmitglied Schulte legt zum **Budget 02** dar, die Förderung von Tagespflege sei zwar gewollt. Dennoch sei die hohe Kostensteigerung kritisch zu hinterfragen. Der Kreis Borken bezuschusse die Tagespflege als einziger Münsterlandkreis unabhängig vom Einkommen mit einem Grundbetrag von 4 EUR je Stunde.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp gibt an, die Bezahlung der Tagesmütter sei im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden. In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses stünde die Thematik erneut auf der Tagesordnung.

Kreisausschussmitglied Tönnies erklärt, die Regelung sei gemeinsam unterstützt worden. Eine Überprüfung halte aber auch er für sinnvoll.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn erkundigt sich zum **Ziel 3 im Budget 02**, wie viele Geburten den versandten Elternbriefen gegenüberstünden.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp sagt eine Antwort für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Lindenhahn antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, mit dem Betrag von 5.000 EUR aus der **Rücklage des Budgets 11** werde eine Zusatzkraft für das Projekt „Gärten und Parks im Münsterland“ finanziert.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes zum 30.04.2008 zur Kenntnis.

Punkt 18: Bürgerantrag von Anliegern der K 63 in Ahaus Ottenstein
Vorlage: 0140/2008

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss stimmt der Stellungnahme der Verwaltung zum Bürgerantrag zu und beauftragt die Verwaltung den Antragstellern eine entsprechende Zwischennachricht zu erteilen. Im Übrigen sollen die auf der Basis der durchzuführenden Gutachten aktualisierten Planungen in die Kreisstraßenbauplanung 2010 ff. einfließen.

Punkt 19: Mitteilungen der Verwaltung

Projekt Familie - Arbeit - Mittelstand im Münsterland (FAMM)

Landrat Gerd Wiesmann berichtet, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW habe bei geringem Anpassungsbedarf eine 70 %-ige finanzielle Förderung des Projektes entschieden. Minister Laumann werde den Bewilligungsbescheid am 08.07.2008 an die Landräte der Münsterlandkreise überreichen.

Punkt 20: Anfragen

Punkt 20.1: Praktikumsplätze für Erzieher/innen für das Anerkennungsjahr nach Einführung des KiBiz

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Welper, teilt Kreisdirektor Werner Haßenkamp mit, ihre Anfrage aus der letzten Kreistagssitzung zum Thema „Praktikumsplätze für Erzieher/innen für das Anerkennungsjahr nach Einführung des KiBiz“ sei mit dem Protokoll beantwortet worden.

Punkt 20.2: Kommunalwahl 2009
Vorlage: 0146/2008

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, die Anfrage in der kommenden Kreistagssitzung zu beantworten.

Ende des öffentlichen Teils